

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 40

Beamtenrecht in der Praxis

begründet von

Prof. Dr. Helmut Schnellenbach

Präsident des
Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen a. D.

bearbeitet von

Dr. Jan Bodanowitz

Präsident des
Verwaltungsgerichts Potsdam

11., neubearbeitete Auflage 2024



C.H.BECK

Zitierweise: Schnellenbach/Bodanowitz BeamtenR § ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79439 1

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 11. Auflage

Die Voraufgabe liegt fast vier Jahre zurück. In der Zwischenzeit hat sich das Recht des öffentlichen Dienstes, vornehmlich das Beamtenrecht, zum einen durch oder anhand gesetzgeberischer Initiativen, zum anderen unabhängig von legislativen Reformansätzen auch in der einschlägigen praxisbezogenen Judikatur und Literatur wiederum nicht unbedeutend weiterentwickelt. Die vorliegende Auflage ist dazu bestimmt, dem dadurch ausgelösten Aktualitätsbedarf für die mit Beamten- und Personalvertretungsrecht befassenen Anwälte und Rechtsberater und die von diesen betreuten Rechtsuchenden Rechnung zu tragen. Ferner sollen die Verwaltungen und die Verwaltungsgerichte bei der Rechtsanwendung – insbesondere, aber nicht nur in den potentiell kritischen, auch wegen der hohen verfassungs- und fachgerichtlichen Anforderungen besonders fehleranfälligen zahlreichen Konkurrenz- und Beurteilungssituationen – mit der Darstellung zuverlässig und möglichst umfassend unterstützt werden. Ungeachtet der Zweckbestimmung des Buches, als praktisches Hilfsmittel zu dienen, beschränkt sich die Darstellung jedoch wie bisher nicht darauf, Inhalte zu referieren. Vielmehr werden dazu, wo dies angezeigt erscheint, eigene Wertungen und Kommentierungen niedergelegt, dies allerdings zurückhaltend.

Auch wenn Helmut Schnellenbach an dieser 11. Auflage nicht mehr als Bearbeiter mitgewirkt hat, bleibt sein Einfluss als Begründer und (über acht Auflagen alleiniger) Autor des Werkes wesentlich.

Soweit die männliche Sprachform verwendet ist, soll dies der Verdichtung und Lesbarkeit des Textes dienen.

Für Hinweise und Vorschläge ist der Verfasser dankbar.

Das Manuskript ist Anfang November 2023 abgeschlossen.

Potsdam, im Januar 2024

Jan Bodanowitz

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 11. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen	1
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	1
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	2
III. Übergangsbestimmungen	11
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht	13
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes	14
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes	17
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes	19
IV. Laufbahnrecht in den Ländern	21
V. Besoldungsrecht in den Ländern	24
VI. Versorgungsrecht in den Ländern	25
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze	26
§ 3 Einstellung, Beförderung	33
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	33
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	35
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	37
IV. Einstellung	38
V. Beförderung	61
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	91
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	93
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I	94
III. Versetzung	95
IV. Abordnung	114
V. Umsetzung	120
VI. Zuweisung	129
§ 5 Ruhestand	135
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	136
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit	144
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	147
IV. Zuruhesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	151
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	167
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	169
II. Entlassung von Beamten in Führungsämtern auf Probe kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	191
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	193
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	203
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	203
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	205
§ 8 Nebentätigkeit	225
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs „Hauptamt“ und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	226
II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	229

III. Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	232
IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	247
V. Zu den nebetätigkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG	252
VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	253
VII. Prozessuale Fragen	258
§ 9 Schadensersatzhaftung des Beamten	263
I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden	263
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 S. 1 BeamtStG und § 75 Abs. 1 S. 1 BBG	268
III. Haftungsbegrenzungen	279
IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	282
V. Beweislast	285
VI. Anspruchsübergang	286
§ 10 Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	287
I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	287
II. § 45 BeamtStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips und <i>leges generales</i>	289
III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	290
IV. Einzelpflichtgruppen	296
V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	320
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	324
§ 11 Dienstliche Beurteilung	329
I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	330
II. Begriff der dienstlichen Beurteilung	332
III. Beurteilungsarten	333
IV. Beurteilungsverfahren	340
V. Beurteilungsinhalt	347
VI. Rechtsschutz	355
§ 12 Personalakten	371
I. Rechtsgrundlagen	372
II. Inhalt der Personalakte	373
III. Personelle und sachliche Folgerungen aus der Zweckbindung der Personalakten ..	383
IV. Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag	385
V. Einsichtnahme in die Personalakte	386
VI. Anhörung des Beamten	394
VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten	395
VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten	396
IX. Entfernungsanspruch des Beamten	397
X. Automatisierte Personalverwaltungssysteme	398
XI. Prozessuale Fragen	400
§ 13 Leistungsstufen, -prämien und -zulagen	403
I. Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen	404
II. Leistungsprämien und -zulagen	412
III. Prozessuale Fragen	417
§ 14 Dienstudfall	421
I. Dienstudfall im engeren Sinne	422
II. Berufskrankheit	440
III. Wegeunfall	444
IV. Weitere, dem Dienstudfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	451
V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	456
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	458
§ 15 Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des Dienstherrn	467
I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	471
II. Wegfall der Bereicherung	479
III. Verschärfte Haftung	482

Inhaltsübersicht

IX

IV. Rückforderung des Bruttobetrag	491
V. Billigkeitsentscheidung	491
VI. Geltendmachung der Rückforderung	494
VII. Beweislast	498
Sachverzeichnis	501

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen	1
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	1
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	2
1. Zur Interpretation des Begriffs der Statusrechte und -pflichten	3
2. Zu den „Ausnahmen“ von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes	5
a) Laufbahnen	5
b) Besoldung und Versorgung	6
III. Übergangsbestimmungen	11
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht	13
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes	14
1. Förderung des Leistungsprinzips	14
2. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	15
3. Stärkung der Mobilität	16
4. Maßnahmen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung	16
5. Stärkung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Versorgung“	17
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes	17
1. Erfahrungszeiten statt Besoldungsdienstalter	17
2. Neugestaltung der Besoldungstabelle	18
3. Familienbezogene Besoldungsbestandteile	18
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes	19
1. Vorbemerkung	19
2. Wirkungsgleiche und systemgerechte Übertragung der Rentenreformen	19
3. Einführung einer Versorgungsauskunft	20
4. Nachvollzug der Besoldungsreform	21
IV. Laufbahnrecht in den Ländern	21
1. Baden-Württemberg (§§ 14–23 BW LBG)	21
2. Bayern, Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen	22
3. Berlin (§ 2, §§ 7 ff. BlnLbG), Sachsen (§§ 15–30 SächsBG)	22
4. Brandenburg (§§ 9–26 BbgLBG)	22
5. Bremen (§§ 13–26 BrBG), Hamburg (§§ 13–26 HmbBG), Mecklenburg-Vorpommern (§§ 12–26 MVBG), Niedersachsen (§§ 13–26 NBG) und Schleswig-Holstein (§§ 13–26 SH LBG)	23
6. Sachsen-Anhalt (§§ 13–28 BG LSA)	23
7. Die übrigen Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalen	23
V. Besoldungsrecht in den Ländern	24
VI. Versorgungsrecht in den Ländern	25
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze	26
1. Beamtenverhältnis auf Zeit	26
2. Wegfall der Anstellung	27
3. Ernennungskriterien und Ausschreibungsmodalitäten	27
4. Probezeit	27
5. Nichtigkeit und Rücknahme der Ernennung	28
6. Abordnung, Versetzung und Umbildung von Körperschaften	29

7. Zuweisung	29
8. Beendigung des Beamtenverhältnisses	29
9. Nebentätigkeit	30
10. Teilzeit, Urlaub, Mutterschutz und Elternzeit	31
11. Personalakte	31
12. Partizipation	32
a) Personalvertretung	32
b) Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Berufsverbänden	32
c) Beteiligung der Spitzenorganisationen	32
§ 3 Einstellung, Beförderung	33
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	33
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	35
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	37
IV. Einstellung	38
1. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf zum Zwecke der Ableistung eines Vorbereitungsdienstes	39
a) Nur laufbahnrechtlich relevanter Vorbereitungsdienst	40
b) Vorbereitungsdienst als Ausbildungsstätte	43
2. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe	48
a) Probezeit zur späteren Verwendung auf Lebenszeit	48
b) Probezeit zur Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion	54
3. Prozessuale Fragen	56
a) Verwaltungsrechtsweg	56
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	57
c) Vorverfahren	59
d) Beweislast	60
V. Beförderung	61
1. Die der Bestenauslese vorgeschaltete organisations- und verwaltungspolitische Entscheidungsebene	62
2. Bestenauslese und sog Hilfskriterien	66
a) Zu den Mitteln der Bestenauslese	71
b) Zum Rechtsanspruch auf Beförderung	74
3. Die Auswahlentscheidung	75
4. Schadensersatz wegen unterbliebener oder verspäteter Beförderung	77
5. Prozessuale Fragen	79
a) Rechtsweg	79
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	80
c) Vorverfahren	90
d) Beweislast	90
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	91
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	93
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I ..	94
III. Versetzung	95
1. Versetzung auf Antrag des Beamten	95
2. Versetzung aus dienstlichen Gründen	98
a) Ausübung des Ermessens	103
b) Anhörung des Beamten	106
c) Entbehrlichkeit einer Zustimmung des Beamten	106
3. Beteiligung der Personalvertretung	108
4. Einverständnis des aufnehmenden Dienstherrn	110
5. Prozessuale Fragen	111
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	111
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	112

c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	113
d) Beweislast	114
IV. Abordnung	114
1. Abordnung innerhalb des Dienstbereichs des bisherigen Dienstherrn	115
2. Abordnung in den Dienstbereich eines anderen Dienstherrn	117
3. Prozessuale Fragen	118
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	118
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	119
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	119
d) Beweislast	119
V. Umsetzung	120
1. Voraussetzungen und Ermessensausübung	121
2. Prozessuale Fragen	124
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	124
b) Vorverfahren	127
c) Vorläufiger Rechtsschutz	127
VI. Zuweisung	129
1. Zuweisung mit Zustimmung des Beamten	129
2. Zuweisung ohne Zustimmung des Beamten	130
3. Amtsangemessenheit der Tätigkeit	131
4. Sonderregelungen	132
5. Rechtsschutz	132
§ 5 Ruhestand	135
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	136
1. Altersgrenzen	136
a) Regelaltersgrenze	137
b) Besondere Altersgrenzen	137
2. Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze	138
3. Hinausschieben des Ruhestandes auf Antrag des Beamten	138
a) Antrag des Beamten	139
b) Dienstliches Interesse bzw. dienstliche Interessen (Belange)	139
4. Hinausschieben des Ruhestandes auf Initiative des Dienstherrn	141
5. Beginn des Ruhestandes	141
6. Prozessuale Fragen	142
a) Verwaltungsrechtsweg und Vorverfahren	142
b) Klagearten	142
c) Vorläufiger Rechtsschutz	143
d) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	143
e) Beweislast	144
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit	144
1. Antrag	145
2. Ermessensentscheidung	146
3. Versorgungsabschlag	146
4. Rechtsschutzfragen	146
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	147
1. Sog politische Beamte	147
a) Einstweiliger Ruhestand	147
b) Tatbestand	148
c) Ausübung des Ermessens	148
d) Zu Verfahren und Form	149
e) Rechtsschutzfragen	149
f) Zur erneuten Berufung	149
2. Organisatorische Veränderungen	150

IV. Zuruhesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	151
1. Dienstunfähigkeit im Allgemeinen	151
2. Besondere Dienstunfähigkeit	153
3. Feststellung der Dienstunfähigkeit	154
4. Anderweitige Verwendung	157
5. Begrenzte Dienstfähigkeit	158
6. Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	159
a) Reaktivierung von Amts wegen	159
b) Reaktivierung auf Antrag	160
7. Zu Verfahren, Zuständigkeit und Form	162
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	162
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	163
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	163
8. Rechtsschutzfragen	164
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	164
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	165
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	165
d) Beweislast	166
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	167
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamtStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	169
1. Entlassung wegen eines Dienstvergehens	170
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	170
b) Ermessensausübung	175
c) Terminliche Möglichkeiten der Entlassung	176
d) Entlassungsverfahren	177
2. Entlassung wegen fehlender Bewährung	179
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	179
b) Ermessensausübung	183
c) Entlassungsfristen	184
d) Entlassungsverfahren	185
3. Entlassung wegen Dienstunfähigkeit	186
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	186
b) Ermessensausübung	187
c) Entlassungsfristen und Entlassungsverfahren	188
4. Prozessuale Fragen	188
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	188
b) Aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs und einer Anfechtungsklage	189
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	191
II. Entlassung von Beamten in Führungämtern auf Probe kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	191
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	193
1. Entlassung kraft Gesetzes	194
2. Entlassung durch Verwaltungsakt (Widerruf)	196
a) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vor Ablegung der Prüfung	196
b) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der Länder nach Ablegung der Prüfung	199
c) Widerruf bei Beamten auf Widerruf, die gemäß § 4 Abs. 4 lit. b BeamtStG bzw. § 6 Abs. 4 Nr. 2 BBG zur vorübergehenden Wahrnehmung von Aufgaben nach § 3 Abs. 2 BeamtStG bzw. § 5 BBG verwendet werden	200
3. Prozessuale Fragen	201
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	203
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	203
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	205
1. Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	205

2. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)	211
3. Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)	211
4. Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG)	214
5. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	218
6. Koalitionsrecht (Art. 9 Abs. 3 GG)	218
7. Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG)	220
8. Freizügigkeit (Art. 11 GG)	221
9. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	222
§ 8 Nebentätigkeit	225
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs „Hauptamt“ und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	226
II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	229
1. Zum Begriff und zur Rechtsform des Verlangens	230
2. Übermäßige Beanspruchung	231
3. Auswählerwägungen bei der Übertragung einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	231
III. Genehmigungsbefürdige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	232
1. Allgemeines zur Beschränkung von Nebentätigkeiten	232
2. Genehmigung und Genehmigungsversagung	234
a) Übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Beamten	236
b) Widerstreit mit dienstlichen Pflichten	237
c) Kollisionen mit der Behördenzuständigkeit und dem Gebot unparteiischer und unbefangener Amtsführung	238
d) Wesentliche Einschränkungen der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit	240
e) Beeinträchtigung des Ansehens der öffentlichen Verwaltung	241
f) Ausübung eines Zweiterberufs (§ 99 Abs. 2 S. 3 BBG)	243
g) Überschreitung einer Vergütungsgrenze (§ 99 Abs. 3 S. 3 BBG)	243
3. Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material des Dienstherrn	244
4. Nebenbestimmungen zur Genehmigung	245
5. Nachweis- und Anzeigepflicht	246
IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	247
1. Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 BBG)	247
2. Schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 BBG)	248
3. Gutachtertätigkeit (§ 100 Abs. 1 Nr. 3 BBG)	249
4. Wahrung von Berufsinteressen (§ 100 Abs. 1 Nr. 4 BBG)	249
5. Anzeige- und Auskunftspflicht, Untersagung der Nebentätigkeit	250
V. Zu den nebensätigkeitensrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG	252
1. Verpflichtung zur Beschränkung von Nebentätigkeit bei voraussetzungsloser Antragsteilzeit	252
2. Nebentätigkeiten bei familienbezogener (familienbedingter) Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung	252
3. Nebentätigkeiten bei arbeitsmarktbezogener Beurlaubung	253
VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	253
VII. Prozessuale Fragen	258
1. Verwaltungsrechtsweg, Klagearten und Klagebefugnis bei Klagen des Beamten	258
2. Zur Frage einer Klagebefugnis Dritter	260
3. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage des Beamten	260
4. Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	261
5. Beweislast	261

§ 9 Schadensersatzhaftung des Beamten	263
I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden	263
1. Eigenschäden des Dienstherrn	263
2. Fremdschäden	263
a) Unfallfürsorgeleistungen als mittelbarer Schaden des Dienstherrn	263
b) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem anderen Beamten ..	264
c) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem außenstehenden Dritten im nichthoheitlichen Bereich	264
d) Amtshaftung	265
e) Gefährdungshaftung des Dienstherrn nach den §§ 7 ff. StVG	266
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 S. 1 BeamStG und § 75 Abs. 1 S. 1 BBG	268
1. Persönlicher Geltungsbereich	268
2. Dienstpflichtverletzung	268
a) Allgemeine Dienstpflichten	269
b) Besondere Dienstpflichten	271
c) Zur Abgrenzung von Dienst- und drittgerichteten Amtspflichten	271
3. Verschulden	272
a) Vorsatz	272
b) Grobe Fahrlässigkeit	272
4. Kausalität	275
5. Schaden	276
6. Gesamtschuldnerische Haftung	277
a) Mitverschulden des Dienstherrn	278
b) Fürsorgepflicht des Dienstherrn	278
III. Haftungsbegrenzungen	279
1. Haftung und Fürsorgepflicht	279
2. Verjährung	280
IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	282
1. Zivilgerichtliche Leistungsklage	283
2. Leistungsbescheid	283
3. Verwaltungsgerichtliche Leistungsklage	284
4. Aufrechnung	284
V. Beweislast	285
VI. Anspruchsübergang	286
§ 10 Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	287
I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	287
II. § 45 BeamStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips und leges generales	289
III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	290
1. Alimentationspflicht des Dienstherrn, Gesetzesbindung von Besoldung und Versorgung und Maßgeblichkeit des statusrechtlichen Amtes	290
2. Schutz von Ehe und Familie	293
3. Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot	295
IV. Einzelpflichtgruppen	296
1. Anhörungs- und Beratungspflichten	297
2. Förderungspflichten	301
a) Dienstliche Beurteilung	301
b) Dienstliche Verwendung	302
c) Fortbildung	302
d) Bestenauslese	303
e) Dienstpostenbewertung	304

3. Schadensabwendungspflichten	305
a) Gesundheit	306
b) Ehre	309
c) Willensfreiheit	312
d) Eigentum	312
4. Beistandspflichten bei dienstlich bedingten und außerdienstlichen Sonderbelastungen	314
a) Reise- und Umzugskostenvergütungen, Ballungsraumzulage	315
b) Rechtsverteidigungskosten	315
c) Aufwendungen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen	317
d) Vorschüsse	319
V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	320
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	324
1. Antragstellung („Konkretisierung“ des Begehrens)	324
2. Verwaltungsrechtsweg	325
3. Klageart	325
4. Vorverfahren	326
5. Beweislast	326
§ 11 Dienstliche Beurteilung	329
I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	330
II. Begriff der dienstlichen Beurteilung	332
1. Vorbereitende Stellungnahmen und Beurteilungsentwürfe	332
2. Besetzungsberichte und -statements	332
3. Einzelleistungsbewertungen	333
III. Beurteilungsarten	333
1. Regel- und Bedarfsbeurteilung	334
2. Leistungs- Befähigungs- und Eignungsbeurteilung	336
3. Strengegebundene, teilgebundene und freie Beurteilung	339
IV. Beurteilungsverfahren	340
1. Zuständigkeit	340
2. Erkenntnisquellen	342
3. Anhörung des Beamten	343
4. Beurteilungsgespräch	344
5. Bekanntgabe (Eröffnung) der Beurteilung	344
6. Besprechung der Beurteilung	345
7. Beurteilungsspiegel	346
8. Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte	346
V. Beurteilungsinhalt	347
1. Beurteilungszeitraum und Aufgabenbereiche	347
2. Einzelmerkmale	349
3. Bewertungsskalen	350
a) Zum Zusammenhang zwischen Einzelbewertungen und Gesamturteilen	351
b) Zur Festlegung von Richtwerten für das anteilige Verhältnis der Gesamturteilsstufen bei Regelbeurteilungen	352
4. Verwendungsvorschlag	354
VI. Rechtsschutz	355
1. Widerspruchsverfahren	355
2. Klageverfahren	357
a) Verwaltungsrechtsweg und örtliche Zuständigkeit	357
b) Klageart	358
c) Klagefrist	360
d) Rechtsschutzinteresse	360
e) Begründetheit der Beurteilungsklage	362

§ 12 Personalakten	371
I. Rechtsgrundlagen	372
II. Inhalt der Personalakte	373
1. Allgemeines zur Abgrenzung von Personal- und Sachakte	375
2. Besetzungsberichte und -statements	376
3. Beschwerdevorgänge	377
4. Vorgänge, die grundsätzlich nicht aufnahmefähig sind	378
5. Materielles und formelles Prinzip	378
6. Vollständigkeits- und Richtigkeitsprinzip, Resozialisierungsgedanke	381
III. Personelle und sachliche Folgerungen aus der Zweckbindung der Personalakten	383
IV. Verarbeitung von Personalaktendaten im Auftrag	385
V. Einsichtnahme in die Personalakte	386
1. Einsichtsrecht des Beamten	387
2. Einsichtnahme durch Dritte	391
VI. Anhörung des Beamten	394
VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten	395
VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten	396
IX. Entfernungsanspruch des Beamten	397
1. Spezialgesetzliche Regelungen	397
2. Entfernung von Vorgängen nach § 112 BBG	398
X. Automatisierte Personalverwaltungssysteme	398
1. Verarbeitung und Nutzung von Personalaktendaten in Dateien	399
2. Mitteilungspflichten des Dienstherrn	400
XI. Prozessuale Fragen	400
1. Verwaltungsrechtsweg und Klageart	400
2. Vorläufiger Rechtsschutz	402
 § 13 Leistungsstufen, -prämien und -zulagen	 403
I. Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen	404
1. Die gesetzliche Regelung	404
a) Leistungsstufe	404
b) Hemmung des Aufstiegs in den Steigerungsstufen	405
c) Zuständigkeit und Verfahren	407
2. Die (ergänzenden) Regelungen der Bundesleistungsbesoldungsverordnung	409
a) Geltungsbereich	409
b) Leistungsstufe	409
c) Entscheidungsberechtigte und Verfahren	410
II. Leistungsprämien und -zulagen	412
1. Die gesetzliche Ermächtigung	412
2. Die (ergänzenden) Regelungen der Bundesleistungsbesoldungsverordnung	413
a) Geltungsbereich	413
b) Allgemeines	413
c) Leistungsprämie	415
d) Leistungszulage	415
e) Entscheidungsberechtigte und Verfahren	416
III. Prozessuale Fragen	417
1. Verwaltungsrechtsweg und Klageart	417
a) Klage auf Festsetzung einer Leistungsstufe	417
b) Klage gegen eine Entscheidung, die die Hemmung des Aufstiegs in den Steigerungsstufen anordnet	418

c) Klage bei umstrittener nachträglicher Leistungssteigerung	418
d) Klage auf Vergabe einer Leistungsprämie oder -zulage	418
2. Vorläufiger Rechtsschutz	419
§ 14 Dienstunfall	421
I. Dienstunfall im engeren Sinne	422
1. Äußere Einwirkung	422
2. Merkmale der Abgrenzung des Unfalles von schädlichen Dauereinwirkungen	424
3. Körperschaden	425
4. Zusammentreffen einer äußeren Einwirkung mit einer Anlage	426
5. Dienstbezogenheit des Unfalles	428
a) Unfälle im Dienstgebäude während der Dienststunden	431
b) Unfälle außerhalb des Dienstgebäudes während der Dienststunden	432
c) Unfälle im Dienstgebäude außerhalb der Dienststunden	433
d) Unfälle bei Dienstreisen	433
e) Unfälle bei der Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen	435
f) Unfälle bei Nebentätigkeiten	438
g) Unfälle von Beamten, die sich selbst „in den Dienst versetzen“	438
h) Unfälle in der Privatwohnung des Beamten bei Verrichtung von Dienstgeschäften	439
II. Berufskrankheit	440
III. Wegeunfall	444
1. Beginn und Ende des Weges	444
2. Innerer Zusammenhang zwischen Weg und Dienst	445
a) Funktioneller Aspekt	446
b) Zeitlicher Aspekt	447
c) Unterbrechungen des funktionellen oder zeitlichen Zusammenhanges	447
d) Kraft Gesetzes unfallgeschützte Umwege	449
IV. Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	451
1. Unfall bei der Familienheimfahrt	452
2. Heilverfahrensunfall	453
3. Angriffstatbestände	454
4. Beurlaubtenunfall	455
V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	456
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	458
1. Meldung und Untersuchungsverfahren	458
2. Verwaltungsrechtsschutz	461
a) Klageart und Zuständigkeit	461
b) Kontrolldichte der gerichtlichen Prüfung beim Beurlaubtenunfall	462
c) Beweislast	462
§ 15 Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des Dienstherrn	467
I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	471
1. Verwaltungsakt als Rechtsgrund	472
2. Nichtigkeit des Verwaltungsakts	473
3. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	473
4. Erledigter Verwaltungsakt	476
5. Feststellung des Verlustes der Bezüge	476
6. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Klage bei Entlassung	476
7. Aufgrund einstweiliger Anordnung bei einer Zuruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit gewährte (Differenz-)Bezüge	478
8. Aufgrund einstweiliger Anordnung gewährte Geldleistungen	478
II. Wegfall der Bereicherung	479
1. Verfahrensrechtliche Fragen	479

2. Unterstellter Bereicherungswegfall	480
3. Im Einzelfall festgestellter Bereicherungswegfall	480
III. Verschärfte Haftung	482
1. Rechtshängigkeitshaftung	482
2. Haftung bei Kenntnis oder Offensichtlichkeit des Mangels	482
3. Haftung bei ungewissem Erfolgseintritt oder möglichem Rechtsgrundwegfall .	487
a) Abschlagszahlungen	487
b) Vorbehaltszahlungen	487
c) Weitere Fälle	489
4. Verstoß der Rückforderung gegen Treu und Glauben	490
IV. Rückforderung des Bruttobetragés	491
V. Billigkeitsentscheidung	491
VI. Geltendmachung der Rückforderung	494
1. Leistungsbescheid	494
2. Leistungsklage	496
3. Aufrechnung	497
VII. Beweislast	498
Sachverzeichnis	501